

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ersteinständige Samstags-Abendausgabe durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelnummern die gewöhnliche Colonnetten für Arbeits-
hefte 75 Pfg. Geschäfts- und Privatanzahlungen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 693.
Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Anzeigen und Abonne-
mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Aufnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 26.

Duisburg, den 30. Juni 1917.

18. Jahrgang.

Industrie und „Nachkrieg“.

Je mehr wir uns anscheinend dem Ende des großen Weltkriegen nähern und es dann darauf ankommen wird, im Friedensvertrag den Schlüsselpunkt unter das Gange zu legen, müssen wir uns zugleich auch klar werden darüber, welche Bedeutung der von der Entente angebotene wirtschaftliche „Nachkrieg“ für uns unter Umständen haben kann und wie wir ihm erfolgreich zu begegnen vermögen. Für diesen Nachkrieg will sich die Entente im wesentlichen dreierlei großer Mittel bedienen. Sie will uns zunächst entweder von der Rohstoffzufuhr ganz absperren oder sie uns so verteuern, daß wir auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. Sodann soll unsere Industrie nach Möglichkeit lahmgelegt werden, indem man uns entweder die Grenzen sperrt oder die eigene Erzeugung so zu steigern und zu vervollkommen sucht, daß unsere Industrie auf dem Heimatmarkt als Wettbewerber ausfällt. Und drittens will man auf verschiedenen Wegen auf die neutralen Länder einzuwirken versuchen, damit sie uns sowohl selbst nichts mehr für ihre eigene Versorgung abkaufen, als auch ihre Funktion als Vermittler unseres Absatzes für den Weltmarkt einstellen. Auf diese und andere Weise hoffen unsere Gegner, insbesondere England, ihr Kriegsziel, die Vernichtung Deutschlands, trotz des Ausbleibens der Waffenfolge dennoch zu erreichen.

Waren wir bisher hinsichtlich der Rohstoffe nicht im Zweifel, daß unsere Gegner sie auf alle Fälle als ein ernstes Mittel im Wirtschaftskrieg betrachteten, — ob es ihnen jedoch gelingt, steht bei den völlig verschiedenen Interessen der Ententeländer auf einem anderen Blatt. (Siehe „Uebergangswirtschaft“ in dieser Nr.) so lassen neuere Beobachtungen erkennen, daß sie sich immer mehr anschicken, auch das zweite Mittel, die Fertigungsmittel, in den Krieg einzurechnen. Man hat sich teilweise praktisch an die im Kriege vorgenommene Industrie- und Betriebsstellung. Besonders tut sich dabei England hervor und ein bezeichnendes Beispiel bieten dafür die neuerlichen Vorgänge im Wollhandel und in der Wollindustrie. Die englische Regierung hat bereits im Jahre 1916 die gesamte Wollschur des eigenen Landes beschlagnahmt und die gesamte Wollenernte von Australien und Neuseeland angekauft. Für 1917 hat der Armeemrat durch Erlass vom 5. April ebenfalls die gesamte Schur des vereinigten Königreiches beschlagnahmt und außerdem Vorbereitungen getroffen, um den Wollvertrag aller Kolonien mit Beschlag zu legen. Mit diesen Maßnahmen geht die englische Regierung weit über den Bedarf des Heeres hinaus, und zwar vollbewußt. Sie hat diesen Uebergriff (Unterhausung vom 15. Februar 1917) mit dem Hinweis darauf begründet, daß England auch im Frieden seiner eigenen Wollindustrie die Wolle zu bedeutend günstigeren Preisen beschaffen wolle, als sie dem deutschen Wettbewerb zur Verfügung stehe. Die Beschlagnahme und das jetzige Verteilungsverfahren sollen jedoch nur für die Kriegszeit gelten, für den Frieden denkt man an große Zusammenkünfte privater Art, welche eine Gesamtorganisation der Wollindustrie darstellen sollen. Die englische Regierung geht also offenbar mit dem Plane um, über das Kriegsinteresse hinaus für den späteren Kampf um den Weltmarkt die englische Industrie jetzt schon im Kriege vorzubereiten. Auch bei der Einrichtung der neuen Munitionsfabriken ist von Anfang an auf die nach dem Krieg etwa aufzunehmende Fabrikation von Friedensartikeln Rücksicht genommen worden.

Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch für Frankreich machen. Dort ist während des Krieges eine ganz kolossale Kriegsinindustrie entstanden. Diese Fabriken sollen schon jetzt auf Herstellung von Friedensprodukten umorganisiert werden. Für alle Erzeugnisse in der Sprengstoffindustrie sollen Fabriken treten, die in der Nachkriegszeit gute Verwendungsmöglichkeit haben. Da man nicht daran denkt, die Produktionsfähigkeit der Fabriken einzuschränken, legt man sich auf den Gedanken fest, durch Errichtung von Zentralverkaufsstellen dafür zu sorgen, daß eine Konkurrenz im Inlande hintangehalten werde, daß eine gemeinschaftliche Preisbestimmung auf regulären Grundlagen erfolge und daß die Ueberproduktion ebenfalls zu guten Preisen im Ausland abgesetzt werde. Man will absolut mit möglichst vielen Artikeln auf den Weltmärkten erscheinen und dadurch nicht nur den eigenen Zwecken in der gedachten Weise dienen, sondern auch den Exportbemühungen Deutschlands einen größeren Widerstand leisten.

Ganz die gleichen Grundsätze haben auch in Italien Anlauf gefunden. Nur liegen dort die Verhältnisse etwas anders. Während man in Frankreich glaubt, in den Preisen erfolgreich den deutschen Roterungen begegnen zu können, ist man jetzt schon in Italien der Ansicht, daß man ohne staatliche Hilfe nicht auskommen wird. Die Produktionskosten in Italien scheinen auf einem recht hohen Niveau zu stehen. Man verlan-

allo, daß die italienische Regierung Ausführprämien bewilligen möge. Alle jene Erzeugnisse, die sich erhaltungsgemäß auf den Weltmärkten wegen des Preises nicht halten können, sollen also eine staatliche Subvention erhalten, dergestalt, daß dann die italienische Preisbildung sich den Notwendigkeiten anbequemen kann, die auf den Weltmärkten konstatiert werden.

Unsere Gegner sind also mit vollem Bedacht an der Arbeit, jetzt schon ihre Industrie für den Wirtschaftskampf gegen Deutschland stark zu machen. Nicht uninteressant ist es da, nun zu sehen, wie man im neutralen Ausland über die bezüglichen Bemühungen dieses Dreierverbandes England, Frankreich und Italien gegen Deutschland denkt. In einer seit einigen Wochen in Basel in der Schweiz erscheinenden neuen Halbmonatsschrift: „Der Weltmarkt“, Schweizer Zeitschrift zur Förderung von Handel, Industrie und Verkehr, lesen wir darüber in der neuesten Nummer (5):

Fräglich ist natürlich, ob alle diese Absichten auch verwirklicht werden können. Eine Reihe von Voraussetzungen müßte vorerst erfüllt werden, um eines günstigen Ausgangs aller dieser Pläne sicher zu sein. Man weiß beispielsweise in Frankreich und in Italien noch nicht, wie es in qualitativer Hinsicht aussieht. Selbst zugestanden, daß man in Frankreich und in Italien die Preise, welche von den deutschen Fabriken auf den Weltmärkten ausgegeben werden, einhalten könne, ist ja noch die Frage, ob die Qualität des gelieferten Produktes sich mit den deutschen Fabrikaten messen läßt. Dazu treten dann noch Importzölle. So zum Beispiel die Verschiffungsmöglichkeiten, die Frachttage und so weiter. Jedenfalls ist man in Frankreich und in Italien in den betreffenden Wirtschaftskreisen bemüht, den Ausfuhrhandel noch mehr als je zuvor für den Konsum der zu erwartenden großen Ueberproduktion nutzbar zu machen.

Sehr bemerkenswert ist in Vorstehendem der Hinweis, daß es vornehmlich die hohe Qualität der gelieferten Produkte bisher gewesen ist, welche der deutschen Ware im Ausland ihre Beliebtheit und damit den Vorrang und vor allen andern und sogar denen der eigenen Industrie verschafft. Wohnte diese Eigenschaft den deutschen Erzeugnissen nicht in so hervorragendem Maße bei, so hätte die deutsche Ausfuhr an Fertigfabrikation nach dem Ausland sicherlich nicht die gewaltige Höhe im letzten Friedensjahre erklommen können, die sie tatsächlich erreichte. Im Jahre 1913 führten wir nämlich aus in Millionen Mark an edlen und unedlen Metallen und Waren 2080, Spinn-, Haar- und Federstoffen und Waren 1561, Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Fahrzeugen 1144, chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Farben und Farbstoffen 956, Leder, Lederwaren, Rüstwaren, Waren aus Därmen 553, Papier und Papierwaren 263, Feuerwaffen, Uhren, Musikinstrumenten, Kinderspielzeug 233, Holz-, Kork- und sonstigen Schnitzwaren 164, Glas- und Glaswaren 146, Rautschwaren 128, Tomaten 112, Büchern, Bildern und Gemälden 105, sonstigen Waren 136. Von dieser Gesamtausfuhr entfielen auf die hier in Rede stehenden Ententeländer: England 1438, Frankreich 790 und Italien 393 Millionen Mark. In dieser Qualitätüberlegenheit der deutschen Industrieerzeugnisse dürften wir mit einer Gewähr erblicken, daß alle Versuche der Ententeländer, ihre eigenen Industrien zu Kampfmitteln im Wirtschaftskrieg zu entwickeln, nicht den gewünschten Erfolg haben werden.

Abgesehen von diesem natürlichen Vorzug der deutschen Industrie, der dafür spricht, daß sie im Wirtschaftskrieg ihre im Frieden bewährte Probe besteht, muß immer wieder hervorgehoben werden, daß auch über unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu einem wesentlichen Teile im Friedensvertrag entschieden wird. Je härter wir in diesem sind, um so mehr werden wir vermögen, den Feinden eine Wendung zu geben, die zu unserem Nutzen herauspringt.

Böcklingen — Burbach.

Die vom Christlichen Metallarbeiter-Verbande angeordneten Gelegenheitsversammlungen für die Arbeiter der Böcklinger Hütte, in denen über das Böcklingensche Werk referiert werden sollte, veranlaßte die Leitung des Werkes, folgende Bekanntmachung an ihre Arbeiter zu erlassen:

„An unsere gesamte Belegschaft!

Wie durch Flugblätter bekannt gemacht wurde, finden heute abend und morgen früh im Vereinshaus zu Böcklingen und gleichzeitig auch in dem Gasthaus Cordel in Wehrden Versammlungen des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes für unsere Hüttenwerke statt.

Wir stellen es selbstverständlich jedem anheim, die Versammlung zu besuchen, möchten jedoch nicht uner-

wähnt lassen, daß gerade der Christliche Metallarbeiter-Verband im Laufe der Jahre es nicht verstanden hat, die Interessen der Industriearbeiter richtig zu vertreten. Insbesondere haben die kürzlich in Dillingen, Bonn und Wehrden stattgefundenen Versammlungen des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes es bewiesen, daß diese Gewerkschaft ihre vor dem Kriege geübte Taktik noch nicht geändert hat.

Böcklingen, den 7. Juni 1917.

Böckling'sche Eisen- und Stahlwerke, W. m. & S. H. Böckling.“

Es muß jeden unbefangenen Beobachter des Saarreviers eigentümlich berühren, wenn die Hüttenverwaltung den Vorwurf erhebt: „Der Christliche Metallarbeiterverband habe die Interessen der Industriearbeiter im Laufe der Jahre nicht richtig vertreten.“ Ja, wie ist uns denn? Waren es nicht gerade die großen Hüttenwerke, die den Christlichen Metallarbeiter-Verband mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft haben?

Als im Jahre 1906 die Arbeiter der Burbacher Hütte sich massenhaft dem Christlichen Metallarbeiter-Verbande angeschlossen hatten, wurde seitens der Werkleitung die Organisation gewaltsam unterdrückt. Man stellte die Arbeiter vor die Alternative, entweder aus der Organisation auszutreten, sogar die Mitgliedsbücher beim Werke abzuliefern oder das Werk zu verlassen. Hunderte braver aufrechter Arbeiter, die jahrzehntelang dort beschäftigt waren, zogen es vor, eher die Arbeit zu verlassen, sich anderwärts eine Existenz zu suchen, als die Organisation preiszugeben. Eine große Anzahl war natürlich schwach genug, dem Druck der Werkleitung nachzugeben, dem gegründeten Hüttenverein beizutreten und die Organisation zu verlassen. Wenn in all den Jahren keine genügende Interessenvertretung der Arbeiter wahrgenommen werden konnte, so ist dieses, wahrlich nicht die Schuld des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, sondern der Hüttenwerke, die eine selbständige Interessenvertretung der Arbeiter mit allen Mitteln unterdrückt haben. Auch die Böcklinger Hütte hat dieses getan. Gerade der Umstand, daß die Arbeiter gegenwärtig wieder zu tausenden der Organisation zustreben, beweist, wie sehr sie es empfinden, die Stütze und Hilfe der Organisation entbehren zu haben. Der Vorwurf der Böcklinger Hütte ist vollständig unberechtigt. Der Christliche Metallarbeiter-Verband hat stets mit größtem Nachdruck die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Verwaltung der Hütte erhebt ferner den Vorwurf, daß der Christliche Metallarbeiter-Verband seine vor dem Kriege geübte Taktik nicht geändert habe. Auch dieser Vorwurf ist unberechtigt, es sei denn, daß er ein Lob für den Verband darstellt. Die Taktik des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes braucht nicht geändert zu werden, sie war stets einwandfrei und in vaterländischem Sinne in der Einwirkung auf die Mitglieder geradezu musterhaft. Es ist doch kein Zufall, daß in den Hauptverbreitungsbezirken dieses Verbandes bei seinen Mitgliedern keinerlei Putz- und Arbeitseinstellungen stattfanden, wie es leider an anderen Stellen mehrfach geschehen ist. Die Verbandsleitung hat stets im vaterländischen Sinne auf die Arbeiter ein gewirkt; das beweisen zahlreiche Kundgebungen im Verbandsorgan. Und wie steht es mit der Interessenvertretung der Arbeiter?

Es war an erster Stelle der Christliche Metallarbeiter-Verband, der den Hüttenarbeiterschuß in Wort und Schrift in der Öffentlichkeit, bei Regierung und Parlament vertreten hat. Die erlassenen Bundesratsverordnungen zum Schutze der Hüttenarbeiter sind gerade dem Vorgehen des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken. Ferner: Bei der Versorgung der Säuer- und Schweißarbeiter mit erhöhten Lebensmittelrationen hat der Verband in zahlreichen Konferenzen im Kriegsamte und Kriegsernährungsamt in Berlin mitgewirkt und ist mit Energie für die Hüttenarbeiter eingetreten. Auch in der Verbesserung der Lohnfrage hat der Verband große Anstrengungen mit Erfolg gemacht, um einigermaßen den teuren Lebensmittelverhältnissen entsprechende Lohnausbesserungen zu erreichen. Wenn im Saarrevier zur Zeit die Löhne für die Hüttenarbeiter niedriger als irgendwo geblieben sind, so tragen zum Teil die Schuld daran die Arbeiter, die der Organisation ferngeblieben sind.

Uns will es aber scheinen, als wenn die Bekanntmachung der Böcklinger Hütte mehr in der Absicht erlassen wäre, die Arbeiter von dem Christlichen Metallarbeiter-Verbande abzuhalten, als aus Sorge um deren Interessenvertretung. Wir halten dieses Vorgehen nicht für berechtigt, auch nicht für klug. Die Arbeiter bedürfen einer Organisation als Interessenvertretung. Wo diese nicht vorhanden ist, haben die Arbeiter den Schaden

Die Metall- und Hüttenarbeiter aber mögen auch nicht eine Minute mehr zaudern, sich vollständig dem Größten Metallarbeiter-Verbande anzuschließen und sich von seiner Seite beeinflussen zu lassen; denn nur dann werden ihre Interessen auf allen Gebieten eine würdige Vertretung finden. Auch für die Metallarbeiter des Saarreviers gilt das Sprichwort: Jeder ist seines Glückes Schmied. Wir hoffen auch, mit der Verwaltung der Völklinger Hütte, daß sich die Arbeiter selbst ihr eigenes Urteil zur Sache bilden werden.

Wir sind aber auch der Überzeugung, daß die kritischen Arbeiter und ihre Organisation für das Gedeihen der Industrie weitgehendes Verständnis zeigen werden, wenn die Werkleitungen auch ihrerseits den Arbeitern mehr Verständnis entgegenbringen.

Übergangswirtschaft.

Unter diesem Titel veröffentlicht Georg Bernhart in seiner Zeitschrift „Plutus“ beachtenswerte Ausführungen, besonders über die Beschaffung von Rohstoffen. Gerade auf die Einfuhr ausländischer Rohstoffe, sei es nun Kupfer, Blei, Manganerze, Baumwolle, Kette usw. ist unsere Industrie zum großen Teil angewiesen, wenn sie dauernd auf der Höhe bleiben will. Hierüber schreibt der „Plutus“:

Hieran schließt sich dann erst das Problem der ausländischen Rohstoffe. Wenn wir einmal ohne weiteres voraussetzen, daß eine gewisse Menge solcher Rohstoffe sofort nach dem Kriege zu uns hereinkommt, ist es unerlässlich, daß sie den wichtigsten Industrien vorbehalten bleiben. Lassen wir zunächst einmal die Frage ganz außer Betracht, auf welchem Wege sie uns ins Land gebracht werden, so steht zweifellos fest, daß ihre Verteilung an den inländischen Verbrauch nicht frei bleiben darf. Sie müssen für die zunächst notwendigen Industrien reserviert und an diese je nach dem Bedarf verteilt werden. Schon hier ergibt sich, daß ebenso wie die Verteilung der inländischen Rohstoffe mit der Transportfrage in engem Zusammenhang steht, die Zuführung ausländischer Rohmaterialien ebenfalls wesentlich bedingt ist von dem Umfang des Schiffsraums, der nach Beendigung des Krieges zu unserer Verfügung sein wird. Das Problem des Schiffsraums ist bei allen kriegsführenden Völkern brennend. Deutschland ist hier in einer verhältnismäßig glücklichen Lage. Bei Beginn des Krieges war der allergrößte Teil der deutschen Handelsflotte in deutschen Häfen. Oder konnte doch wenigstens noch vor oder kurz nach Ausbruch des Krieges mit England in die Heimat zurückkehren. Wenn wir nun selbst damit rechnen, daß all unsere Schiffe, die nach den Kriegserklärungen gezwungen waren, fern von der Heimat zu ankern, im Laufe des Krieges fortgenommen worden sind oder noch fortgenommen werden, so wird doch diejenige Menge von Schiffsraum, die uns nach dem Krieg zur Verfügung stehen wird, einschließlich der inzwischen in Angriff genommenen Neubauten, im Verhältnis zur Kriegszustimmung immer noch größer sein als die gleiche Verhältniszahl bei den uns feindlichen Ländern. Man denke daran, in wie erheblicher Maße der Schiffsraum Englands und der neutralen Staaten, namentlich aber die Tonnage Norwegens und Dänemarks, durch unseren Unterseebootskrieg vermindert worden ist. Daß die U-Bootsflotte in unserer Hand und nicht in der Hand unserer Gegner war und daß der feindliche Verkehr uns durch unsere Gegner so gut wie unendlich gemacht worden ist, hat uns für die fast zwei Jahre währende unendliche Vorzüge gebracht. Aber was dieses relative Vorrecht wird natürlich der absolut vorhandenen Schiffsraum in sich sein. Denn schon heute läßt sich übersehen, daß selbst wenn wir nachher keinen allgemeinen Handelskrieg bekommen sollten, die fremde Tonnage uns für unsere Rohstoffzufuhren in der Ueberlegenheit nicht zur Verfügung stehen wird. Denn der gleiche Rohstoffmangel, an dem wir in Deutschland leiden, wird sich mehr oder weniger nachher in allen Ländern geltend machen, und es ist selbstverständlich, daß alle diese Staaten ihre Schiffe zunächst in den Dienst ihres Eigenbedarfs stellen werden. Bei dieser Knappheit ist es selbstverständlich, daß die Händler und Industriellen über den vorhandenen Schiffsraum nicht nach Belieben streiten und walten können. Es muß dafür Sorge werden, daß man zunächst die wichtigsten Rohstoffe beschafft. Es ist namentlich unmöglich, daß aus irgend welcher in neutralen Schiffsraumbesitzungen Nutzen gezogen werden kann. Der Schiffsraum muß, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse zur Tonnage des Einzelnen, der über seine Verteilung und Nutzung bestimmt. Dabei ist es selbstverständlich, daß nicht den Nationen die Nutzung flüchtig vorgeschrieben werden kann. Wer kann sich das nicht dazu vorstellen, daß man die Schiffe des Auslandes geistig gebunden und ihren Verbleib beschreiben wird, nur den oder jenen Anteil abzugeben. Die Ladungen stehen nicht immer so bereit. Es kann nicht jedes ein bestimmtes vorbestimmtes Gut geladen werden. Dadurch würden unangenehme Verzögerungen und unwillkürliche Entbehrungen entstehen. Aber bei der ungewissen Lage der Dinge werden sich die Dinge doch so gestalten, daß die großen und kleinen die notwendigen Dinge herinschaffen und daß die Verteilung über den Verbrauch lediglich nach inländischen Bedürfnissen, nicht aber nach ausländischen Anträgen gestaltet werden kann.

Schon hier muß ganz klar, wenigstens für Exportfrage gestellt werden. Lassen wir vorläufig ganz beiseite, in welchem Umfang welcher Exportiert werden kann. Jedenfalls ist es klar, daß man sich nicht nur über das Ausland setzen kann. Es müssen schon im Vorausbestimmten Anzahl für den Export werden. Die Verteilung der wichtigsten Rohstoffe, die das Ausland nicht von uns kauft, z. B. Kalk und Koble und vielleicht auch die Erzeugung unserer chemischen Fabriken, unsere Fabriken als Produkt mitgeben und in welchen Ausmaß sie im Laufe des Krieges diejenige Exporte tragen, die wir brauchen. Auch die Waren, die auf diesen

Wege von Uebersee zu uns hereinkommen, müssen der inländischen Verteilung genau nach denselben Grundsätzen wie die inländischen Rohstoffe zugeführt werden.

Wie werden sich denn nun überhaupt über die Rohstoffverhältnisse in der Welt gestalten? Wenn man die pessimistischen hört, so wird nachher eine große Rohstoffkrise über Deutschland verhängt werden. Namentlich seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg ist es bei uns beinahe zum unerschütterlichen Axiom geworden, daß für uns ausländische Rohstoffe gar nicht mehr zu bekommen sein werden. Man stellt sich das so vor, daß das Straßensystem, das über Deutschland zu verhängen unsere Gegner in vielfach während des Krieges angezündet haben, wesentlich in der Weise vollzogen werden wird, daß man auch nach Aufhebung des militärischen Kriegszustandes uns alle Lebensmöglichkeiten absperrt und uns wirtschaftlich züchtigen wird. Wie liegen denn die Dinge im Gegensatz zu solchen Phantasien nun in Wirklichkeit?

Arbeitsurlaub.

Reisefeldschmid Heinrich Dersch.

Endlich einmal bin ich wieder durch das große Tor gegangen, —

Endlich einmal hielt mich wieder meiner Arbeit Draus und —

In den blanken Spiegelgläsern der Maschinen sich zu schauen,

War wie tiefes Lebensblau in die Augen schöner Frauen.

Umboß, Hammer, Feuer, Jange, — Spielzeug meiner harten Hände, —

Wieviel Sehnsucht, wieviel Heimweh brodet ihr im Kampfgeschande!

Anteigt, ihr Riemen, — Inurrt, ihr Räder, — Ich wie Kinderheimatslieder,

Sendet euch rauschend Singen in die Arbeitsferse nieder! —

Endlich einmal bin ich wieder aus dem großen Tor gegangen,

Und an ihrer Stubentüre, hat die Liebe mich empfangen,

Ihre Stimme klang wie Glockenläuten in das Berggetriebe.

Friede, Heimat, Arbeit, Liebe, — Friede, Heimat, Arbeit, Liebe!

Die Rohstofffrage hat natürlich im Kriege eine besondere Wichtigkeit für uns erlangt. Aber schon in den langen Jahren des Friedens häufte den Rohstoffen, die wir vom Auslande einzuführen gezwungen waren, ein gewisses Unwas an, das sie in unserem Bewußtsein aus der Reihe der anderen Waren hervortreten ließ. Es ist ja bekannt, daß die Verbeerdung für die deutsche Kolonialpolitik ganz wesentlich unter dem Gesichtspunkte der Rohstoffbeschaffung und insbesondere mit dem Hinweis darauf betrieben wurde, daß es für Deutschland notwendig wäre, sich von dem Angewiesensein auf die fremdländische Zufuhr zu befreien. Dieser Gesichtspunkt war an sich durchaus richtig. Schon deshalb, weil es für den Wohlstand eines Volkes natürlich eine große Rolle spielt, ob es den Gegenwart für seine Rohstoffe an eigene oder fremde Konjunkte zahlen muß. Allein die an und für sich durchaus richtige Vorstellung von der Wichtigkeit der Rohstoffe für jede Volkswirtschaft entartete allmählich zu dem Wahnglauben, daß der Käufer von Rohstoffen aus deren Verkauf angezogen sei und daß fremde Länder, die zu uns Rohstoffe einführen, uns damit gewissermaßen ein Gnadengeschenk erweisen. Als wir lange vor dem Kriege vor die Notwendigkeit gestellt waren, unsere handelspolitischen Verhältnisse zu Amerika neu zu ordnen, und als die Vereinigten Staaten ihrerseits auf ihrer Schutzpolitik beharrten, von uns aber wesentliche Zugeständnisse mit Entschiedenheit verlangten, da traten namentlich meine Kreise der Konjunkturalwelt gegen jeden Versuch, Amerika gegenüber auf unserer Seite zu bestehen, mit der Begründung ein, daß wir auf die Zufuhren amerikanischer Baumwolle, amerikanischer Getreides und amerikanischer Petroleum angezogen wären. Daß diese Stoffe für unsere Volkswirtschaft von großer Bedeutung waren, konnte nie bestritten werden. Aber auf der anderen Seite ist doch ebenso wenig zu leugnen, daß Amerika aus diese Rohstoffe niemals um unserer schönen Augen willen verkauft hat, sondern weil seine Pflanzen die Baumwolle und sogar seine Erdölmagazine ihre Petroleum ebenso los werden konnten, wie die amerikanischen Getreideernter den Mais und den Weizen. Wenn man überhaupt einmal die Frage erwägen will, ob in der Volkswirtschaft eigentlich der Käufer oder der Verkäufer eines Rohstoffes günstiger steht, so ist die Entscheidung sehr zweifelhaft. So notwendig auch Rohstoffe gebraucht werden, so kann man sich doch nicht vorstellen, daß am äußersten Ende aller Dinge ein ganzes Land auf gewisse Rohstoffe eine Zeit lang verzichten kann. Dagegen kann der Besitzer eines Rohstoffes auf seinen Verkauf viel weniger lange Zeit verzichten. Denn keine ganze Lebensdauer ist es, daß der Erzeuger und auf dem Verkauf dieses Rohstoffes aufhört. Er ist in der Lage, eine große Rohstoffmenge wie die amerikanische z. B. verleiht auch eine gewisse Zeit lang zu verkaufen. Wenn sie keine Baumwolle los werden, aber Baumwolle wird ja nicht von der Volkswirtschaft auf dem Wege der unmittelbaren Veräußerung, sondern durch den Verkauf der Rohstoffe, welche der Erzeuger in der Wirtschaftlichen Erzeugung verbleibt. Der Konjunkturalist hat nichts davon, daß die Fäden oder Stahlstrahlen jemals Land ein großes Geschäft machen. Das fällt nicht seine Leiden. Sein Einkommen ist aus dem Erlös aus

seiner Baumwolle gestellt. Und die will er verkaufen. Und er verkauft sie nicht aus Gnade für uns, sondern weil ihm die Preise gefallen, die man ihm bietet. Jeder, der den höchsten Preis bietet, bekommt die Ware.

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau

Die deutsche Rohstoffeinfuhr an Metallen

stellt sich auf bedeutende Zahlen. Wenn wir auch mit Koble und Eisen reich gesegnet sind, so fehlen uns eine ganze Reihe äußerst wichtiger Metalle, wie Kupfer, Blei, Zinn, Schwefel, ferner Schwefelkies, Manganerze fast vollständig. Wir sind daher auf die Einfuhr aus fremden Ländern angewiesen. Ueber die Art und Mengen der eingeführten Metalle und Erze veröffentlicht der „Vorwärts“ eine Uebersicht, in der es heißt:

„Die Metallindustrie „lebt“ nicht von „Koble und Eisen“ allein, sondern sie bedarf noch anderer wichtiger Rohstoffe, wovon wir jetzt die notwendigsten Metalle näher bezeichnen wollen. Deutschland bedarf jährlich über 200 000 Tonnen Kupfer, kann aber aus inländischen Erzen nur zirka 20 000 Tonnen erzeugen. Neunzehntel unseres Kupferverbrauches muß dem Auslande entnommen werden. Unter ausschlaggebendes Bezugsland ist Nordamerika, wo der Arizona-, der Montandistrikt und der Große-Seengebiet in der Kupfergewinnung weitläufig an der Spitze stehen. An zweiter Stelle lieferte uns (1913) Australien die größte Menge Rohkupfer. Ohne jene Zufuhren sind unsere sehr mannigfaltigen und umfangreichen Maschinen- und nicht zuletzt unsere noch einer bedeutenden Ausdehnung harrenden Leichtindustrie nicht entwicklungs-fähig.

Von unserem Bleibedarf können wir nur zirka ein Drittel aus inländischen Quellen decken. Er bezifferte sich 1910 schon auf jährlich etwa 210 000 Tonnen, von denen uns die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Australien und Spanien zusammen 48 000 Tonnen (Rohblei), Belgien (das aber selbst nur 107 Tonnen Bleierze [1912] förderte) etwa 20 000 Tonnen lieferten; außerdem erhielten wir aus Australien 62 000 Tonnen Bleierze. 1913 bezogen wir allein 127 021 Tonnen Bleierze (Gesamteinfuhr 142 977) aus Australien; unsere Ausfuhr betrug nur 4488 Tonnen. Ueber die Hälfte unserer Rohbleieinfuhr bezogen wir aus Spanien. Also auch in der Bedarfsdeckung an diesem wichtigen Werkmetall sind wir überwiegend auf das ferne Ausland angewiesen.

Ueber unsern Eigenbedarf hinaus produzieren wir Zinn reichlich. Dagegen ist unsere Selbsterzeugung an Zinn unbedeutend; fast unseren ganzen Bedarf (Schätzungsweise 20 000 Tonnen) müssen wir vorwiegend aus Bolivien (Erze) und Indien (Rohzinn, Malakka-Halbinsel, dem wichtigsten Grundstoff der Welt) zuführen. Obwohl die deutsche als auch der größte Teil der europäischen Zinnproduktion stammt aus bolivianischen Erzen, ferner müssen wir zirka 17/18 unseres Zinnkonsums aus dem australischen Neufundland beziehen. Dieses Gebiet liefert uns neben Kanada auch unseren Hauptbedarf an Kobalt. In Platin konnten wir nach der Ermittlung Kruschs „nichts“ aus eigenen Erzen gewinnen. „Die russischen Lagerstätten (Uralgebiet) beherrschen den Weltmarkt“; dann kommen die kolumbischen in Betracht.

Gold wird in Deutschland nur in ganz unbedeutenden Mengen gewonnen, so daß wir so gut wie unseren ganzen Bedarf aus dem südafrikanischen (britisch), amerikanischen und australischen Gewinnungsgebiet beziehen müssen. Unseren Silberbedarf erzeugen wir kaum noch zu 1/3 im Inlande, müssen mithin auch ihn durch ausländische Zufuhren, hauptsächlich aus Neu-Südwales, Nord- und Südamerika, decken. An Quecksilber erzeugen wir aus eigenen Quellen nichts; unsere ganze Einfuhr kam 1913 und 1912 aus Oesterreich (Sdria) und Italien; sonst ist auf Spanien Bezugsland. Den von Krusch für 1910 auf 1,02 Millionen Schwefelkies und 44 000 Tonnen Schwefel bezifferten deutschen Verbrauch vermozten wir nur zu 1/3 aus inländischem Vorkommen zu gewinnen, darum mußten uns Spanien-Portugal mit Schwefelkies, Italien (Sizilien) mit Rohschwefel (1913 fast die ganze Einfuhr) anschließen. Deutschland hat keine eigenen nughbaren Bauxit- und Kryolithlager, infolgedessen muß es diese Rohstoffe für die Aluminiumbereitung hauptsächlich aus Frankreich (Baux-de-Provence), importieren. Uebrigens wird die Weltproduktion an Aluminium von einem internationalen Syndikat kontrolliert. An minder- und unwichtigen metallischen Rohstoffen wie Zinn, Antimon, Wolfram, Uran, Radium, Vanadium ist Deutschland entweder ausreichender Selbstversorger, oder es muß den unbedeutenden Bedarf einführen. Geringer ist es wieder im Bezug auf Monazit, aus welchem die Grundstoffe für die Herstellung der Glühbirnen gewonnen werden, wohl ganz auf Brasilien angewiesen.

Die für die Erzielung von Qualitätsstählen hochwichtigen Manganerze sind in Deutschland auch nur spärlich zu finden (die besten bei Almenau und Bexlar). Wir müssen daher fast unseren ganzen Bedarf einführen. Die Einfuhr betrug 1913 rund 630 000 Tonnen, wovon allein 446 912 aus dem kaukasischen und uralischen Rußland, 177 000 aus Britisch-Indien kamen.“

Der Krieg stellte uns auch nach dieser Hinsicht vor vollständig veränderte Tatsachen, indem er uns fast die gesamte Einfuhr unterband. Mit Hilfe der Wissenschaft gelang es uns freilich, Ersatzstoffe zu finden, für Kupfer andere Metalle, für Benzol Benzol, für Salpeter Stickstoff zu erhalten. Nur eine auf der Höhe stehende Industrie und eine rege, geistig mittätige Arbeiterschaft vermochte bei so geringen zur Verfügung stehenden Mitteln so großes herauszuholen. Dem deutschen Arbeiter fällt — und das muß sogar die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ zugeben — am Durchhalten Deutschlands im Weltkriege ein der größten Anteil zu. Das darf Deutschland seinen Arbeitern, die unter den erschwerten Verhältnissen durchhielten und die sie mehr drückten als andere Stände, nicht vergessen.

Ein Institut für Eisenforschung

Mitten im Kriege hat die deutsche Eisen- und Stahlindustrie den Grundstein zu einem bedeutenden Friedenswerke gelegt. Darüber wurde in einer Versammlung von führenden Männern dieses Gewerbes aus allen Teilen des Reiches am 19. Juni 1917 in Düsseldorf verhandelt. Die Einladung war vom Verein deutscher Eisenhüttenleute ausgegangen, dessen Vorsitzender, Generaldirektor U. Wöglar (Dortmund), die Versammlung leitete. Zu eingehenden Darlegungen stellte der Geschäftsführer des Vereins, Dr.-Ing. D. Petersen, fest, was bisher auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Förderung des Eisenhüttenwesens in den verschiedensten Ländern geschehen ist. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die metallurgische Forschung immer mehr zu vertiefen, um in dem unausbleiblichen Wirtschaftskampfe der dem Krieg folgenden Zeit nach jeder Richtung hin gerüstet dazustehen. Die von ihm erörterten großen und wichtigen Aufgaben eines solchen Instituts sollen in einer Zeitschrift demnächst ausführlicher behandelt werden.

Die sich anschließende Aussprache der Versammelten führte zu der einstimmigen Entschliessung, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie willens sei, in Anlehnung an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein besonderes wissenschaftliches Institut für Eisenforschung zu errichten. Die Vorarbeiten wird sofort der Verein deutscher Eisenhüttenleute ergreifen, dem auch wegen des Standortes des Instituts die Entscheidung überlassen worden ist. Nach den Anschauungen, die in der Versammlung zum Ausdruck kamen, wird das Institut seinen Sitz im rheinisch-westfälischen Gewerbegebiete erhalten; die südwestliche und schlesische Eisenindustrie haben selbstlos auf Ansprüche nach dieser Richtung hin verzichtet.

Die erheblichen Mittel für Bau und Unterhaltung des Institutes wird die Eisen- und Stahlindustrie, abgesehen von einem kleinen Beiträge der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, allein aufbringen, während die Stadt, in der das Institut seinen Sitz erhalten wird, neben einem Bauzuschusse für das nötige Gelände, dessen Anschluß an die Eisenbahn usw. aufzukommen hatte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich später noch andere weiterverarbeitende Gewerbe an dem Eiseninstitut beteiligen werden.

Zum 75. Geburtstag August Thyssens

hatten wir in unserem Organ (Nr. 21) eine Darstellung seines Lebens und seiner Werke gegeben. Daraufhin sandte uns Herr Thyssen folgendes Schreiben:

München, 15. Juni 1917.

An die Redaktion der Zeitung

„Der deutsche Metallarbeiter“

Duisburg.

Sehr geehrte Herren!

Von befreundeter Seite wird mir Nr. 21 Ihres geachteten Blattes, Ausgabe vom 26. Mai, zugesandt, in der ein Aufsatz aus Anlaß meines 75. Geburtstages enthalten ist. Für die sachliche Würdigung, welche Sie meiner Lebensarbeit darin zukommen lassen und für die freundlichen Glückwünsche, die Sie damit verbinden, darf ich bitten, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes entgegenzunehmen zu wollen.

Mit aller Hochachtung

Aug. Thyssen.

Wohnungen für kinderreiche Familien

In der deutschen Presse aller Richtungen erscheinen immer wieder Klagen kinderreicher Familien über die Behandlung und Stellung die ein Teil der Hausbesitzer,

manche verbohnte Lebemänner und Ruhedamen gegen sie einnehmen. Das Verhalten solcher Leute muß namentlich in der heutigen Zeit nicht bloß als unverständlich, sondern als geradezu roh und skandalös bezeichnet werden. Trotz aller Mahnungen in den Parlamenten und in der Presse scheut sich ein Teil der Bevölkerung und der Hausbesitzer nicht, Wohngemeinschaften in einem Hause mit kinderreichen Familien abzulehnen. In einem oberbayerischen Badeorte suchte vor kurzem ein seiner Mieter Wohnung mit tadellos hellen Räumen, Terasse usw. Kinder sollen nicht im Hause sein, auch keine Katzen oder Hunde, mit Ausnahme eines etwaigen Wachhundes. Kinder mit Katzen und Hunden auf gleicher Stufe! Das ist empörend, kommt aber leider nicht bloß in Oberbayern vor. Der Polizeipräsident von Köln hat sich genötigt gesehen, jene Hausbesitzer, die Familien mit Kindern nicht aufnehmen durch Namensnennung „öffentlich an den Pranger zu stellen“, wie es in seiner diesbezüglichen tadelnden Verordnung heißt.

In „Regensburger Anzeiger“ vom 7. Juni 1917 äußert sich ein Familienvater in herben Worten gegen seine Abweisung und sagt: „Bei den vielen Projekten, die zum Bevölkerungsproblem schon ausgeheckt worden sind — Unterstützung für Eheleute mit vielen Kindern usw. hat nur bis jetzt das eine gefehlt, eine geeignete Maßnahme gegen Hausbesitzer, die nur an kinderlose Leute vermieten wollen. Diese Hausbesitzer sind es, die mit beitragen zu dem „unblutigen Kindermord“, der so verheerend auch schon in Deutschland gewütet hat. An manchen Hausbesitzern ist anscheinend der Krieg mit all seinem Glend, seinem Schwere und den Zerstörungen spurlos vorüber gegangen. Manche kinderlose Familien würden vielleicht gerne Kriegswaisen aufnehmen, wenn nicht das fortwährende Glend wäre beim Wohnungsuchen.“

Bei ihrer letzten Tagung im April 1917 in Weidzig haben die Vertreter der Versicherungsanstalten folgende Entschliessung angenommen: 1. Die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien der minderbemittelten Bevölkerung ist eine der dringendsten Aufgaben der Allgemeinheit. Ihre Lösung muß trotz der großen Schwierigkeiten, die sie darbietet, ohne Verzug planmäßig in Angriff genommen werden. Ein Hinausschieben würde die Lage verschlimmern und die Lösung noch mehr erschweren. 2. Die aus den gegenwärtigen Verhältnissen sich ergebenden gesundheitlichen Schädigungen der versicherungspflichtigen Bevölkerung haben in der Zukunft notwendig eine große Belastung der Versicherungsanstalten zur Folge. Sie sind deshalb bereit, innerhalb der ihnen gezogenen Grenzen sich an dieser Fürsorge zu beteiligen. Dies kann außer durch Hergabe von Darlehen insbesondere geschehen durch Gewährung von Beihilfen zu den Kosten der Einrichtungen zugunsten kinderreicher Familien (Spielplätze, Kinderhorte usw.).

Aber auch Reich und Staat muß sich der kinderreichen Familien im allgemeinen und besonders hinsichtlich der Wohnungsbeschaffung dafür mehr annehmen. Es wird zu erwägen sein, ob und wie sowohl der kinderfreundliche Hausbesitzer als auch die kinderreiche Familie steuerlich begünstigt, wie das Kinderprivileg in allen in Betracht kommenden Gesetzen weiter ausgebaut werden kann; aber auch alle gewissen Ausföhrungen, Abweisungen und ungebührlichen Mißforderungen, gegenüber kinderreichen Familien, zu beseitigen. Eine planmäßige Bau- und Fürsorgetätigkeit unter besonderer Berücksichtigung kinderreicher Familien muß in Rücksicht auf die allgemein störende Baukäuflichkeit schärfer denn je ins Auge gefaßt werden. Eine Anzahl von Staditverwaltungen haben bereits Vorbereitungen in dieser Richtung getroffen. Sache der Landeszentralstellen wird es sein, hier anregend und fördernd mitzuwirken. Der vom Reichstag kürzlich beschlossenen Zentralstelle zur Förderung des Wohnungswesens wird dabei ebenfalls eine dankenswerte Aufgabe erwachsen. Für die kirchenge-meinden ist die Sache nicht minder wichtig. Es darf

hier kurz auf den Ausspruch des verstorbenen Kardinals Wettinger verwiesen werden, der gesagt hat: daß die Kirche in einer solchen Lebensfrage unseres Volkes nicht nur mitgeht oder gar nachhinkt, sondern mit vorangeht, damit das Volk seine wahren Freunde erkennen kann.

Deutsche Arbeit.

Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Die „Deutsche Arbeit“ ist das führende Organ der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Sie orientiert über alle Vorgänge in der geistigen Werkstatt dieser Bewegung und merkt die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und kulturellen Strömungen im Volks- und Staatsleben unter den der Bewegung eigentümlichen Gesichtspunkten. Während der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie sich nicht nur die Beachtung, sondern auch das Interesse vieler dieser erworben, welche den großen Bewegungen unserer Zeit ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Inhalt des Juniheftes: Generalsekretär Adam Stegerwald: Zur innerstaatlichen Neuordnung. — Pastor S. Jäger: Ungleichmäßiger Kapitalismus gegen deutsche Arbeit. — Verbandsredakteur Heinrich Zambusch: Die Gründung und die äußere Entwicklung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbundes. — Dionysius Brünner: Verstaatlichung des Kalibergbaues. — Franz Köhr: 153 der Metallgewerbeordnung.

Mundschau: Franz Köhr: Innere Politik. — Johann Schwedinger: Jugendbewegung. — Johann Bergmann: Wohnungswesen, Literatur.

Inhalt des Juliheftes: Generalsekretär Adam Stegerwald: Preußen und das Reich. — Gauleiter Ernst Schröder: Die Gehaltsfrage der kaufmännischen Angestellten. — Wilhelm Werth: Zur Reform des Apothekenwesens. — Emil Jigen: Die Verlegung der Industrie aufs Land. — Georg Wicker: Kunst.

Mundschau: Dr. Paul Beusch: Wirtschaft. — Franz Köhr: Arbeiterrecht. — Johann Giesberts: Arbeiterführer. — Dr. Käthe Gabel: Frauenfrage. — Dr. Albert Kirsh: Technik.

Ein Urteil: Mit Recht hat Stegerwald in seinem Vortrag auch darauf stolz hingewiesen, daß sich die christlichen Gewerkschaften jetzt in der „Deutschen Arbeit“ eine wissenschaftliche Zeitschrift geschaffen haben, in der ihr Verhältnis zum Gesamtvolk und das Eigenleben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zusammenfassend erklärt und erörtert wird. Wir haben die bisher erschienenen Hefte der Monatsschrift durchgesehen und gefunden, daß hier hoher Idealismus einen sicheren Fund geformt hat mit nüchternen Erforschung der Tatsachen. Wer enge konfessionelle Tendenzen erwartet, der sieht sich getäuscht; das Christentum durchdringt nur das Ganze — als ewige Anfeuerung zu sozialer Gerechtigkeit, als Weltanschauung, die vom Verfall nicht bedroht ist. Modern ist die Zeitschrift bis in die schönste Weise hinein, die sie bringt. Weltliche Blätter veröffentlichen fast immer gut gemeinte Dilettantenkritik, hier aber waltet ein kritischer Geist selbst über diesen, dem landläufigen Politiker so entfernten Teilen, und so finden wir kraftvolle Strahlen, die aus dem Rhythmus der Arbeit herausgeschmettert sind. Und alle diese Bestrebungen, meist von Katholiken geleitet, weisen wieder hinüber auf die Erneuerung des Katholizismus, die unaufhaltsam am Werke ist, und von der der Philosoph Max Scheler, dessen „Krieg und Aufbau“ wir neulich besprochen haben, ein so deutliches Zeugnis ablegt. Der deutsche Protestantismus sollte sich mit diesen Regungen genauer beschäftigen.

„Das neue Deutschland“ (Herausgeber Dr. Adolf Grabowsky) vom 15. Juni 1917, S. 498.

Vom Glauben an das große Werk.

Der gute Glaube soll hier die Rede sein. Vom Glauben, der genügend begründet, vom Glauben, der Personensache ist, vom Glauben im Sinne der festen Zuversicht. Ihn haben wir jetzt nötiger als je: den Glauben an das Gelingen der deutschen Sache, den Glauben an den guten Ausgang des Krieges. Wie das Kind den Eltern vertraut, dem Geistlichen und dem Lehrer, so müssen alle jetzt dem Staate und seiner Führung vertrauen. Das ist nichts anderes, als daß wir von der Heerführung und den Leitern des Staates glauben, daß sie uns zu einem Ziele führen, das für uns erreichbar und das für uns gut ist.

Daran zweifeln manche, aber diese Zweifel sind nicht berechtigt, weil die Unterlagen für die Zweifel fehlen, weil die Zweifel unbegründet sind. In keiner Weise können diese Zweifel bewiesen werden. Der Glaube an unsere Unbesiegbarkeit, an das Gelingen des großen Werkes enthält etwas persönlich beglückendes: Ich arbeite nicht nur um Geld für mich und meine Familie, ich arbeite für alle mit. Für die draußen und für die daheim. Damit trage ich einen Teil der Schuld ab, die ich der Gesamtheit, dem Staate zu leisten habe. Der Staat leistete mir so viel: Geordnete Verhältnisse, Sicherheit des Besitzes, soziale Fürsorge, Rechtssicherheit und vieles andere. Schulbildung, Schutz der Religion und Freiheit des Handels und des Wortes im Rahmen des der Allgemeinheit möglich und zuträglich.

Das gilt schon für die Friedenszeiten. Im Kriege ist das Verhältnis des einzelnen Hand- oder Geistesarbeiters zum Staate noch viel intimer und fester. Wie die gute persönliche Freundschaft im Falle der Not nicht nachläßt, sondern erst recht aufblüht, so halten wir es auch im Kriege mit dem Staate. Wir sind ja ein Stück von diesem Staate, Fleisch von seinem Fleische und Blut von seinem Blut. Der Staat hat uns (nach den Worten eines berühmten Staatslehrers) alle. Uns hindern nicht nur Sprache, Sitten und Gewohnheiten, nicht nur Landesgrenzen, Boden und Klima, nicht nur Flüsse, Seen und Gebirge, nicht nur wirtschaftliche und gesellschaftliche Banden des Blutes. Und noch etwas: das Bewußtsein eben gerade mit diesem Staate auf Gedeih und Verderb verbunden zu sein. Daß wir Fleisch vom Staate, und Blut vom Staate sind, besagt auch, daß wir das Leid und die Freude des Staates teilen. Das Einzelne ist und bleibt eben, — ein Stück des Staates, verbunden mit ihm, wie das Glied mit der Kette. Wenn die

Kette hochgehoben wird, wird das Glied hochgehoben, wenn die Kette fällt, fällt das Glied mit.

Der Glaube an den Staat, an das Gelingen des großen Werkes ist letzten Endes der Glaube an sich selber. Wohl ist der Glaube an die siegreiche Heer- und Staatsführung unbedingt nötig; beides aber ist nur möglich, wenn alle (jedes einzelne Glied) an sich glauben. Wenn alle die Zuversicht haben, wir schaffen es, wenn alle sich bewußt sind, ich bin in und mit den anderen stark. Zusammen sind wir unüberwindlich.

Einzelne sind wir zu überwinden, aber der Staat ist unüberwindlich, dessen Glieder sich ihrer Kraft und der Gesamtkraft bewußt sind und die festesten daran glauben. Im Glauben ruht eine ungeheure Stärke. Er kann Berge versetzen, sagt man im Gleichnis. Er macht, wie dieses Gleichnis andeutet, unendlich erscheinendes möglich. Recht anschaulich hörte ich neulich aus Kindermund: „Mein Vater weiß alles. Meine Einwände dagegen nützen nichts: das zwölfjährige Mädchen blieb dabei: „Mein Vater weiß alles.“ Wir alle in und vom Staate, wir der Staat, glauben daran, daß wir alles können, was nötig ist, um uns als freies Volk gegen eine Welt von Feinden zu behaupten. Wir glauben daran, daß wir unseren Feinden die Achtung abzwängen, die uns gebührt; die Achtung abzwängen, die sie uns aus Reid und Mißgunst verweigert haben.

Der Zweifler lacht darüber: Mit einem Säbeln, das wir kennen: es ist das Säbeln des Spotters und Besserwissers. „Was heißt glauben? Der Glaube ist eine Sache der Dummen. Wir wollen keinen Glauben, wir wollen Wissen haben. Tatsachen, Zahlen, Greifbares und Sehbares wollen wir, die Urteilsfähigen. Wir wollen es besser wissen, man nennt uns daher Besserwisser und weiß wir über die Leichtgläubigkeit der anderen spotten, nennt man uns Spötter. Aber man kennt uns schlecht: Wir nehmen diese Schimpfnamen als Ehrennamen an.“

Das klingt recht tapfer. Wenn man diese Leute aber nach ihren Tatsachen, ihren Zahlen, ihrem Greifbaren und Sehbaren fragt, da werden sie auf einmal herliegen. Sie tun, als ob sie etwas ganz besonders Unbekanntes wüßten. Bei Nichtbesehen, handelt es sich dabei weder um unbekannte Tatsachen, noch um neue Einsichten. Ein Beispiel für viele.

Im Koffee unterhielt ich mich mit meinem Tischnachbar, na, eben über die Kriegsaussichten. Auf einmal wollte er mit der Sprache nicht recht heraus. Schließlich erreichte ich es doch, daß er mir das schon eine gewisse Weile gehütete Geheimnis enthüllte: Wir können ein Heer von höchstens fünf Millionen Mann aufstellen. Ich entgegnete

ihm, daß sei falsch. Nein, meinte er, er habe recht, er wisse es genau. Ja, aber woher denn, fragte ich ihn. Darauf rühte er mit der Sprache heraus, er habe es in einer schwedischen, deutschfreundlichen Zeitung gelesen. Und trotzdem, erklärte ich ihm, jene Schätzung ist falsch. Ja, aber eine deutschfreundliche... wird doch nicht. Nein, sie wird nicht, gab ich zurück, aber jene Schätzung ist falsch.

„Können Sie sich denn gar nicht vorstellen, daß der Artilleriechef getrt hätte oder daß er nicht die richtigen Quellen benutzt hätte.“ Um die Sache kurz zu machen. Ich sagte ihm, daß es mir selber schließlich doch auch wissen müßten, welche Heeresmassen wir aufstellen können und maßgebend noch genauer als Neutrale und seien es auch uns wohlgefällige Neutrale. Das gab er zu, aber er meinte, unsere Regierung verheimliche dies. Darauf konnte ich ihm sagen, daß alle, die sich von Berufswegen mit Statistik befassen, wissen, daß die Zahlen alle Jahre veröffentlicht werden. Ich konnte ihm dazu sagen, daß jene schwedischen Zahlen etwa die mit den Waffen ausgebildeten Mannschaften enthalte, nicht aber die große Zahl der vor dem Kriege unausgebildeten, aber kriegsbrauchbaren Männer. Da ging es wie eine Erleuchtung über ihn: also jene Zahlen waren unvollständig.

Derlei Beispiele könnten über unsere wirtschaftliche Kraft ergänzt werden. Nach sechs Monaten sollten wir schon ausgehungert sein, wir sind es heute noch nicht und werden es nicht werden. Unser Geld sollte ausgehen, die letzte Kriegsanleihe war am erfolglossten. Und deshalb glauben wir. Aber wir glauben nicht blind darauf los, sondern glauben an das große Werk, weil die Zeit bewiesen hat, daß wir stark sind. Auf Grund von Tatsachen, von Zahlen, von Greif- und Sehbaren glauben wir. Und die Spötter glauben, wo sie zu wissen meinen. Ihre Wissenschaft ist gar keine Wissenschaft. Die wissenschaftliche Erkenntnis erfordert eingehende und vollständige Kenntnis aller Vorgänge, aller Zusammenhänge und darüber verfügen die Besserwisser und Spötter nicht. Aus diesem Grunde ist es mit ihrem Wissen schlecht bestellt. Sie wissen nicht, daß sie glauben und daß ihr Glaube falsch ist.

Uns aber soll das eine Lehre sein: Allen den Spöttern, Geheimnissern und den Wisenmännern die Tür zu weisen. Es ist keine Wissenschaft, was sie verpöhlen; es ist eitel Klugerei. Ihr Spott fällt auf sie selber zurück. Sie bespiegeln sich in einem eigens für sie selber zurechtgemachten Spiegel, mit einem Trugbild. Dieses Trugbild lehnen wir ab; denn wir glauben den Tatsachen und sie sind so, daß wir an das Gelingen des großen Werkes glauben müssen.

Bezugbedingungen: Die Zeitschrift erscheint am ersten eines jeden Monats mindestens 5 Bogen stark auf hochfreiem Papier in anerkannt guter Ausstattung. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen; auch kann die Zeitschrift durch den Verlag (Adm. Postfach 9) bezogen werden mit entsprechendem Preiszuschlag (0,30 Mark hierfür jährlich für Kreuzband. Der Abonnementspreis beträgt jährlich 6 Mark, halbjährlich 3 und vierteljährlich 1,50 Mark. Einzelhefte kosten 50 Pfg.

Verlag „Deutsche Arbeit“, Köln, Postfach 9.

Man sollte es nicht für möglich halten

Immer noch erscheinen in den Tageszeitungen Anzeigen, in denen die verschiedensten Lebensmittel angepriesen werden, die der Nation und den Höchstpreisen unterliegen. Wir finden wieder eine solche Anzeige in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 147), erstes Morgenblatt, vom 30. Mai 1917 mit folgendem Wortlaut:

„Habe noch Schinken abzugeben. Offerten durch Otto Ruß, Welle i. S., Grönebergerstr. 4.“

Schinken bekommt man in den Geschäften nicht mehr zu sehen, wie es überhaupt schwer fällt, Schweinefleisch und Fett auch nur auf Lebensmittelkarten zu erhalten. Hier aber wird Schinken offen in jedem Quantum angeboten, und das Wort „Offerten“ besagt doch, daß derjenige den Schinken erhält, der den höchsten Preis dafür bietet. Der Höchstpreis wird dabei bestimmt nicht eingehalten und der Schleichhandel zweifellos begünstigt. Das Kriegswucheramt hätte alle Ursache, einmal nach dem Recht zu sehen und eine Offerte an Herrn Ruß in Welle abzugeben. Daß überhaupt derartige Anzeigen noch in der großen Tageszeitung erscheinen können, berührt die unverbesserten Konsumenten, die stundenlang auf ihr halbes Pfund Fleisch warten müssen, recht eigenartig. Zur Beruhigung der Massen, die in dem Gedanken leben, daß für Geld noch alles zu haben ist, tragen solche Anzeigen sicher nicht bei.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 1. Juli der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1.-7. Juli fällig.

Krankenzustellung

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Krankenzustellung wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Neue Broschüre

Der Vortrag des Kollegen Stegerwald auf der weltweiten Vertrauensleutekonferenz in Essen über unsere Stellung zur Neuorientierung und zu den Kriegs- und Friedenszielen ist unter dem Titel: „Arbeiterinteressen und Weltkrieg“, im Druck erschienen. Die Verbandsmitglieder erhalten die Broschüre zum Vorzugspreis von 15 Pfg. pro Stück. Die Vorstände der Verwaltungsstellen wollen ihre Bestellungen umgehend an die Hauptverwaltung nach Duisburg richten.

Aus dem Verbandsgebiet

Bauten. Auch hier in Bauten scheint im Verbandsleben eine Besserung eingetreten. Einige rege Kollegen bemühten sich, die Organisation zu stärken, indem sie die Lohnverhältnisse der bei der Firma Blechschmidt und Stelzer (Joh. S. Müller) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einer Kommission unterzogen werden. Die Affordische wie auch die Stundenlöhne waren teilweise noch dieselben wie in Friedenszeiten. Der auf Grund des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes vorhandene Arbeiterausgang kam auf Veranlassung eines unserer Kollegen zu mehreren Sitzungen zusammen, an denen auch unser Kollege, Arbeitersekretär Schrag teilnahm, welcher sich vor allem bemühte, den Ausschussmitgliedern die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens aller im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen klarzulegen. Trotz der unbegreiflichen Rücksichtslosigkeit, die die Arbeiterchaft gerade in dieser Hinsicht an den Tag legte, ließen es sich unsere Mitglieder nicht nehmen, eine Eingabe an die Firma zu machen, um Erhöhung der Stundenlöhne, der Affordische Vergütung für Heberarbeiten und Nacharbeit und Gewährung einer Feuerzulage. Die Eingabe wurde in einer am 23. Mai abgehaltenen Betriebsversammlung einstimmig angenommen und genehmigt. Die Direktion verhandelte mit dem Arbeiterausgang. Das Ergebnis der Verhandlung wurde in der am 3. Juni in Sanderstraße 17 abgehaltenen Vertrauensleuteversammlung bekannt gegeben. Demnach sollen der Klempner und Bordierer einen Affordzuschlag von 10 Prozent erhalten, eine Stundenzulage von 5 Pfg., sodann der Heber 35 Pfg. beträgt. Maschinenarbeiter wie Klempner, Heber, Klempner und Klempner sollen die gleichen Stundenlöhne erhalten. Eine Feuerzulage von 10 Prozent soll den Klempnern und Bordierern gewährt und zwei Familien verheirateter Arbeiter und Arbeiterinnen pro Ehegatte eine in 14 Tagen, 5 Mark, die übrige Arbeiterchaft 2,50 Mark. Für die ersten zwei Arbeiter 20 Prozent Vergütung, für weitere Arbeiter 10 Prozent und Sonntagsgeld 30 Prozent. Die Affordische der Gewerkschaften sollen um 5 Prozent erhöht werden; Arbeiterinnen sollen um 12 Pfg. und Klempner pro Stunde erhöht werden. Kollege Schrag wies darauf hin, daß die Zugewandte sehr

mager zu bezeichnen seien; vor allem müßte erwartet werden, daß auch den Klempnern und Gläsern mindestens 5 Pfg. Stundenzulage gewährt werde; desgleichen auch den Arbeitern in der Emailiererei; die noch Stundenlöhne wie in Friedenszeiten hätten. Das ganze Angelegenheit, welches der Ausschuss erhalten hat, könnte nur als Abfälligkeit betrachtet werden, Sache der Arbeiterchaft wäre es, sich bezüglich dem Verbands anzuschließen, dann erst könne das erreicht werden, was im Interesse der Arbeiterchaft liegt. Von Ausschussmitgliedern, die nicht einmal alle der Organisation angehören, oder erst ganz kurze Zeit, könne nicht ein viel besserer Erfolg erwartet werden. Die Versammlung könnte dem zu und der Ausschuss wurde beauftragt, auch für Klempner und Gläser und für die Arbeiterinnen Stundenlohnsteigerung zu beantragen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen ohne Unterschied kann aber nur gesagt werden, daß je mehr sie sich der Organisation anschließen, umso mehr auch ihre Interessen wahrgenommen werden können. Wären unsere Kollegen und Kolleginnen aber auch, jeder an seinem Platz für die Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes sorgen und praktisch mitarbeiten. Schänder Unmut aber ist es von denen, die da glauben, weil nicht alles nach ihren Wünschen ginge beim ersten Anstoß der Organisation den Rücken kehren zu müssen; solche Leute haben selbst in dieser schweren Zeit noch nichts gelernt oder aber sie wollen nichts lernen.

Die am Sonntag, den 10. Juni von unserem Verband einberufene Konferenz aller Arbeiterausgangsmittglieder der metallgewerblichen und gemischten Betriebe und der Ortsgruppenverbände des Kreises Olpe, nahm einen wider Erwarten sehr guten Verlauf. Die Arbeiterausgangsliste von 15 Vereinen, dazu die Ortsgruppenverbände und Arbeiterinnen aus allen Orten des Kreises waren mit über 300 Personen vertreten. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Olpe, Kollege Schrage erbot in seiner Eröffnungsrede den zahlreich erschienenen einen herzlichen Willkommensgruß. Insbesondere galt dieser dem als Gast anwesenden Bezirkspräsidenten der kathol. Arbeitervereine, Herrn Rektor Wenzke. Dem Herrn Landrat des Kreises Olpe, der ebenfalls zur Tagung eingeladen worden war, kam ein Schreiben zur Befreiung, daß er durch andere Sitzungen leider verhindert sei der Versammlung beizuwohnen. In nahezu zweistündigen Ausführungen sprach Kollege Schrage über die Arbeiterausgangsliste im allgemeinen, sowie im Einzelnen über die bei der Lebensmittellieferung im Fernverkehr. Die ausführlichen Darlegungen, die die Rechte und Pflichten der Arbeiterausgangsliste genau abwägten und die allen Fragen des Arbeiter- und Verbraucherlebens und ihrer Behandlungsmethoden Rechnung trugen, fanden die volle Würdigung der Anwesenden. Insbesondere fand die Erörterung über den Stand und über die Finanzierung der Arbeiterausgangsliste bei der Verteilung der Lebensmittellieferungen lebhaftes Interesse. Kollege Schrage wies den praktischen Darlegungen folgende Punkte hervor: Die den Vortrag folgende Ausbreitung der Delegierten bewies sich hauptsächlich auf dem Gebiete der Nahrungsversorgung. Eine Kommission wurde gewählt, die über die vorzugesetzten wichtigsten Wünsche und Beschwerden eine Verhandlung mit dem Herrn Landrat nachzulegen sollte. Demnach wurde die Verhandlung beauftragt, zunächst mit denjenigen Beratern in Verbindung zu treten, die entweder überhaupt keinen Arbeiterausgang anerkennen oder die die Arbeiter zu demselben bestimmen wollen. Von 18 vorliegenden Betrieben lagen von zwei je eine solche Erklärung vor. Der vollständige Erfolg der Tagung wird sein: Wirkung nicht verfehlen und die Konferenz wird ohne Zweifel ein neuer Markstein für die zukünftige Entwicklung des christlichen Metallarbeiterverbandes im Kreise Olpe sein.

Metzendorf a. N. Am Samstag, den 9. und Sonntag, den 10. Juni fanden im hiesigen Bezirk eine Reihe Versammlungen der Arbeiterchaft der Saffianfabrik Metzendorf. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme zu einer Feuerzulage für die Arbeiterchaft der Saffianfabrik Metzendorf. Die Redner - Vertreter des christl. Metallarbeiterverbandes Deutschlands und des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter - behandelten in eingehender Weise die durch das Hilfsdienstgesetz für die Arbeiterchaft geschaffenen Verhältnisse. Die Bedeutung der Stunde hat auch die Arbeiterchaft erkannt und ist gewillt ihre vaterländische Pflicht voll zu erfüllen. Leider hat die starke Teuerung aller Lebensbedürfnisse des Arbeiterstandes keine Arbeiterchaft in eine schwierige Lage gebracht. In der Saffianfabrik herrschen über die Arbeiterchaft in der Arbeitslohnfrage die schlimmsten Verhältnisse. Die Arbeiterchaft hat sich entschlossen, die Lohnforderungen werden vereinfacht und daraus der Schluss gezogen, daß es der Arbeiterchaft gut ergehe und die Teuerung leicht erträglich sei. Dem ist nicht so. An der Hand erstlichen Materials wurden Preis- und Lohnforderungen eingehend verglichen und daraus die Schlussfolgerung gezogen, daß für keine Arbeiterchaft ein Ausgleich der durch die Teuerung verursachten Schwierigen Lage herbeigeführt werden kann. Dazu ist auch notwendig, daß die Arbeiterchaft sich zur Beseitigung der Verhältnisse ihrer Interessen der Gewerkschaftsorganisation anschließen. Nur so kann für die Arbeiterchaft die Grundlage einer geregelter, Interessensvertretung nach des Auftrages gegeben werden. Deshalb ist die Organisation ein Gebot der Stunde für alle Arbeiter und Arbeiterinnen. Der christl. Metallarbeiterverband Deutschlands nimmt sich mit aller Anstrengung der Interessen der Metallarbeiterchaft an. Für ein jedes christlich-nationales Arbeiter und jeder Arbeiter, ob evangelisch oder katholisch, ist es daher Pflicht, zu dem christlichen Gewerkschaften sich eine wirkliche Interessensvertretung zu geben.

Den Ausführungen der Redner wurde großer Beifall gezollt und zugestimmt. Eine Entschließung in diesem Sinne, in der die Bezirksleitungen der christlichen Metallarbeiter- und Holzarbeiterverbände Deutschlands beauftragt werden zur Erreichung eines Ausgleichs der durch

die Teuerung geschaffenen Lage die erforderlichen Schritte einzuleiten, gelangte zur einstimmigen Annahme.

In erfreulichem Maße ist in der letzten Zeit die Mitgliederzahl des christl. Metallarbeiterverbandes, sowie auch des christl. Holzarbeiterverbandes im Bezirk Oberdorf gestiegen. Der christl. Gewerkschaftsverband befindet sich auf dem Wege des Fortschritts, trägt auch sichtbare Erfolge. Die Firma Mauser erkennt heute die Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterchaft an und trägt den neuen Verhältnissen in weitem Maße Rechnung. Dem Vorschlag der Gewerkschaften zur Besetzung des Arbeiterausganges hat die Firma zugestimmt. Auf Grund der Eingabe unseres Verbandes hat die Firma auch von der Einführung der preussischen Normalbestimmungen für Arbeiterausgangsliste abgesehen und an dessen Stelle die weiter gehenden württembergischen eingeführt, wo die Vertretung der Arbeiter ihren Vorständen selbst wählt. Arbeitervertreter wirken in der Kantinenverwaltung, der Lebensmittelverteilungsstelle und. Auch unserm Ersuchen, den Arbeitern mit doppeltem Haushalt für ihre weiter gehenden Ausgaben eine Entschädigung zu gewähren hat die Firma Rechnung getragen. Jeder Arbeiter mit doppeltem Haushalt erhält eine Teuerungszulage von 1 Mark und für jedes Kind weitere 10 Pfg. pro Tag. Das ist ein greifbarer gewerkschaftlicher Erfolg, den die betreffenden Arbeiter auch beachten und durch Anschluß an die Organisation dem auch Ausdruck geben sollen. Es gilt, diese Errungenschaften für die Gesamtarbeiterchaft weiter auszubauen. Je mehr Arbeiter und Arbeiterinnen durch Anschluß an die christl. Gewerkschaften ihren Willen zur Mitarbeit und Hebung ihrer eignen Lage zum Ausdruck bringen, desto eher wird das zu erreichen sein. Ohne Arbeit kein Erfolg. An unsere Mitglieder richten wir den Appell, für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes zu werben. Das ist gewerkschaftliche Arbeiterpflicht. Je mehr Mitglieder und Mitarbeiter, desto größer auch die Erfolge in der Zukunft. Auch wenn die zu lösenden Aufgaben zu Versammlungen rufen, darf niemand fehlen. Jeder an seinem Platze. Vorwärts soll die Lösung sein.

Menden. Am ersten Pfingsttage fand hier eine Arbeiterinnenversammlung statt, die von ungefähr 50 Personen besucht war. Kollege Steinacker hielt den Arbeiterinnen einen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation und führte etwa folgendes aus: Die Organisation steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß für gleiche Leistung gleicher Lohn gezahlt werden müsse. Dieser Grundsatz wird aber in fast allen Betrieben mißachtet. Besonders ist dieses für Menden zu beklagen. Wie berichtet wird, sollen die Arbeiterinnen in den Betrieben von Menden und Umgebung nur einen Teil des Lohnes der jugendlichen Arbeiter ausgezahlt bekommen. Andere Arbeiterinnen müssen überhaupt nicht, was sie verdienen und müssen sich mit dem zufrieden geben, was sie bei der Wohnung in die Hand gedrückt bekommen. Das hier die Arbeiterinnen schwer geschädigt werden, liegt klar auf der Hand. Diesem Beginnen mancher Firmen muß entgegen gearbeitet werden, indem sich die Frauen zunächst der Organisation anschließen. Bedauerlicherweise wird die Arbeitskraft der Frauen manchmal sehr mißbraucht, welches große Gefahren für die Frau und Mutter im Gefolge haben muß. Auch wird dadurch der Lohn im allgemeinen gedrückt und so werden die Frauen ungewollterweise die Konkurrenzinnen ihrer eigenen Männer, Väter und Brüder. Sind die Arbeiterinnen der Organisation angegeschlossen, dann haben sie eine gute Rückenbedeckung und auch ihre Arbeitskollegen können mit umso mehr Erfolg für sie tätig sein. Wenn auch heute die Frau im Interesse des Vaterlandes verpflichtet ist, die leeren Stellen der Männer auf der Fabrik zu besetzen und somit harte und saure Arbeit und sonstige Unbequemlichkeiten in den Kauf nehmen zu müssen, dann darf aber noch lange nicht die Arbeitskraft der Frauen und Mädchen mißbraucht werden. Schließen sich die Arbeiterinnen mit ihren Arbeitskollegen der Organisation an, dann wird auch die Arbeitskraft der Arbeiterinnen besser zu schützen sein.

Erfreulicherweise haben sich in den letzten Wochen mehr wie 50 Arbeiterinnen der Organisation angeschlossen. Hoffentlich folgen diesem Beispiel auch die übrigen heute noch unorganisierten Frauen und Mädchen. Es kann aber nicht laut und nachdrücklich genug betont werden, daß es die Aufgabe der Arbeiterinnen selbst ist, für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, damit manche unliebsame Zustände beseitigt werden können.

Die Arbeiterinnen beteiligten sich recht lebhaft an der Ausprobierprobe. Es wurden manche Klagen laut über Entlohnung und Lebensmittelverteilung auf den einzelnen Werken. Die Organisation wurde beauftragt, einmal eine Lohnhebung unter den Arbeiterinnen vorzunehmen, was von der Organisation auch zugesagt wurde. Zum Schluß melbten sich noch 3 Arbeiterinnen freiwillig zu Vertrauensleuten. Der Kollege Steinacker schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Frauen agitieren sollten, damit bei der nächsten Versammlung die doppelte Anzahl Frauen der Organisation angehört.

Versammlungs-Kalender

- Samstag, den 1. Juli 1917:**
- Selbstlichen-Konradl.** 11 Uhr bei Schmidmann, Fürstinnenstraße, Referent: Hentschler.
- Margloh.** 2,30 Uhr bei Bruch, Mittelstraße.
- Gamborn.** 5 Uhr bei Freundlieb.
- Offen-Altstadt.** Abends 7 Uhr Sektionsversammlung bei Wintershoff, Stoppenergerstraße.
- Offen-Frohhausen.** Abends 7 Uhr Sektionsversammlung bei Pottgießer, Frohhauserstraße.
- Freitag, den 6. Juli 1917:**
- Offen-Altstadt.** Abends 8 Uhr Sektionsversammlung auf Sonntag bei Eripp, Altendorferstraße.
- Samstag, den 7. Juli 1917:**
- Hirtshagen.** Abends 8,30 Uhr Versammlung bei Schafert, Hirtshagen.